

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlich:
Tageblatt Riesa,
Bernau Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen bestmögliche Blatt.

Postfachamt:
Dresden 1530,
Telefon:
Riesa Nr. 52.

Nr. 197.

Dienstag, 25. August 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; getraubener und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag versäumt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Abhängige Unterwerfungsbefugnisse. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Kabinettskrise in England.

Der Führer der englischen Arbeiterpartei Ramsay MacDonald, hat schwere Tage hinter sich. Am letzten Freitag begann die Krise brennend zu werden. Schon morgens früh um 10 Uhr empfing er in der Downing Street die konservativen Führer K. Chamberlain und Sir Samuel Hoare. Nahezu zwei Stunden dauerte diese Unterhaltung. Im Anschluß daran empfing er die Liberalen Sir Herbert Samuel und Sir Donald Maclean. Es folgte der beratende Ausschuss der Fraktion der Arbeiterpartei. Dem schloß sich ein Empfang des Generalrats der Gewerkschaften an. Am Abend berichtete der nationale Ausschuss der Arbeiterpartei, daß er der Regierung bei der Lösung der wirtschaftlichen und finanziellen Krise des Landes freie Hand läßt, woraufhin gegen 8 Uhr abends eine Kabinettsitzung zusammentrat. Raum war diese beendet, als der Führer der Arbeiterpartei MacDonald, dem selbstverständlich MacDonald auch angehört. Dieser hatte seine Beratungen kaum begonnen, als die Vertreter des Generalrats erschienen, um mitzuteilen, daß die Gewerkschaften nahezu geschlossen die Vorschläge des Kabinetts ablehnen. Daraufhin tagte der Führer der Arbeiterpartei bis gegen Mitternacht weiter, um neue Lösungsvorschläge zu machen.

Der Sonnabend trug ein ähnliches Gepräge. Er unterschied sich vom Freitag aber wesentlich dadurch, daß MacDonald König Georg telefonisch über die Lage eingehend unterrichtete. Daraufhin entschloß sich der König, der erst am Freitag auf sein Schloss Balmoral in Schottland gefahren war, schleunigst wieder nach London zurückzukehren, wo er am Sonntag morgen eintrat und sofort den mildlichen Bericht des Ministerpräsidenten entgegennahm. Wie der König, so hatte auch der englische konservative Führer Baldwin erneut seinen Ferienurlaub abgebrochen und war nach London geeilt. Auf die Anregung MacDonalds hin empfing der König am Sonntag die Führer der Liberalen und der Konservativen Partei. Der fränkige Lord George wurde von Sir Herbert Samuel und Lord Reading über die Verhandlungen fortgesetzt auf dem Landen gehalten. Zum ersten Male seit dem großen Bergarbeiterstreik von 1924 wurde jetzt an einem Sonntag über die Beilegung einer Krise verhandelt. Schon diese Tatsache zeigt jedem, der das britische England auch nur einigermaßen kennt, wie ungeheuer ernst sich die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Landes zuspitzt.

Schatzkanzler Snowden gab in den Verhandlungen unumwunden zu, daß der Fehlbetrag im diesjährigen Haushalt, den der Staatsauschuss Mac auf 2,4 Milliarden Reichsmark veranschlagt hatte, beträchtlich höher sein wird. Zwischen den Liberalen und konservativen Führern bestand Einigkeit darüber, daß im Staatshaushalt wenigstens ebenso viel eingespart werden muß, wie man durch neue Steuern aufbringen soll. Beide Parteien bestanden auch darauf, daß die Arbeitslosenunterstützungen um 10 Prozent gekürzt werden. Dem widersetzten sich die Gewerkschaften hartnäckig. An ihrem Widerstand scheiterten alle Verständigungsversuche. Sie ließen sich nicht wohl darüber reden, daß die Gehälter aller Staatsbeamten um 5 bis 10 v. H. gekürzt werden, daß auch die Gehälter der Kabinettsmitglieder drastisch herabgesetzt werden, sie waren auch für eine Erhöhung der Einkommensteuer zu haben, aber eine Entzung der Arbeitslosenunterstützung lehnten sie kategorisch ab. So mußten auch die letzten Vermittlungsversuche MacDonalds scheitern. Schatzkanzler Snowden war darüber keineswegs erbaut. Als man ihn fragte, wie es mit dem Einkommensteuertarif bestellt wäre, erklärte er lakonisch, daß zur Stunde der ganze Tarif „in der Luft hängt“. Zuletzt wurde versucht, die Entscheidung hinauszuzögern, bis der in der ersten Septemberwoche zu Bristol tagende allgemeine englische Gewerkschaftskongress gesprochen hätte, doch stellte sich eine Stausperrung der Krise als unmöglich dar, weil das Bündnis erneut Gefahr lief, ins Schwanken zu geraten. Darüber haben am Sonntag die hervorragenden Finanzfachverständigen Sir Josiah Stamp und Sir Ernest Cassel dem Ministerpräsidenten unterrichtet. Daraufhin beschloß das Kabinetts MacDonald zurückzutreten. Ein anderer Ausweg blieb nicht übrig, zumal wenigstens acht Mitglieder des Kabinetts sich weigerten, in eine Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützungen von 10 Prozent einzuwilligen.

Am Montag vormittag besuchte MacDonald erneut den König, um ihm den Rücktritt des Kabinetts anzukündigen. Was nun? Es sind starke Kräfte am Werke, um die Schaffung einer nationalen Koalitionsregierung durchzuführen. Dazu drängt die Auswirkung der Weltwirtschaftskrise im englischen Mutterland und im ganzen Empire, der Zusammenbruch des englischen Haushalts, die Fortsetzung der Runden-Tisch-Konferenz mit Indien und die aus Indien drohenden Gefahren für das Empire und schließlich auch der Aufruf gegen die englische Herrschaft in Burma und die zweite Runden-Tisch-Konferenz mit den Burmesen, die unter dem Druck der Not erst am letzten Sonnabend angefangen wurde. Ob sie aber zustande kommt, können erst die Verhandlungen der nächsten Stunden und Tage zeigen. Wie jetzt seit Juli 1924 mit stiller Unterhörung der Liberalen Partei eine Arbeiterregierung möglich war, so läßt sich für die nächsten Monate auch eine konservative Regierung Baldwin denken, wenn die Liberalen ihn gewähren lassen. Da sie in den

Kapitalflucht und Steueramnestie.

Der Inhalt der neuen Verordnung.

Berlin, 25. August.

Durch die Verordnung über steuerliche Erfassung bisher nicht versteuerten Werte und über Steueramnestie (Steueramnestieverordnung) vom 23. August 1931, die in der nächsten Nummer des Reichsgesetzblattes veröffentlicht wird, ist die frühere Verordnung gegen die Kapital- und Steuerflucht vom 18. Juli 1931 in mehrfacher Hinsicht abgeändert worden.

1) Die Frist für die Abgabe der Vermögenserklärung 1931 sowie die Frist für die Steueramnestie ist bis zum 16. September 1931 verlängert worden.

2) Die Steueramnestie ist in der neuen Verordnung auf die Umsatzsteuer und Erbschaftsteuer (einschließlich Schenkungssteuer) ausgedehnt worden.

Nach der neuen Verordnung erlangt Steueramnestie, wer sein Vermögen nach dem Stand vom 1. Januar 1931 sowie sein Einkommen 1930 richtig angegeben hat oder in einer Nachtragserklärung seine früheren Angaben berichtigt. War die Vermögenserklärung 1931 schon abgegeben, so kann sie nachträglich ergänzt werden. Auch kann die Vermögenserklärung 1931, sofern sie bereits abgegeben ist, wieder zurückgefordert und innerhalb der Amnestiefrist neu eingereicht werden. Wer das Einkommen, den Umsatz und den Gewerbeertrag von 1930 zu niedrig angegeben hat und diese Erklärung berichtigt, muß hierfür Nachzahlungen leisten. Im übrigen braucht er Nachzahlungen für

frühere Jahre nicht zu leisten, wenn er die für 1928 und 1929 verschwiegenen steuerpflichtigen Werte (Einkommen, Umsatz, Gewerbeertrag usw.) der Steuerbehörde nachträglich anzeigt. Wenn der Steuerpflichtige hierüber nicht mehr genaue Angaben machen kann, so genügt eine schätzungsweise Angabe. Die Anzeige über die bisher verschwiegenen Werte braucht nicht beim zuständigen Finanzamt gemacht zu werden, sondern kann auch bei einer anderen Behörde der Reichsfinanzverwaltung (z. B. Landesfinanzamt) eingereicht werden.

3) Bei der schon bisher vorgeschriebenen Anzeige von ausländischen Beteiligungen (sogenannte Fünf-Mann-Gesellschaften) ist der Reichsminister der Finanzen ermächtigt worden, die Zahl höher festzusetzen.

4) Neu ist die Regelung für die ausländischen Familienstiftungen. Diese können bis zum 31. Dezember 1931 aufgelöst werden, ohne daß die an sich bei der Auflösung erwachsende Schenkungssteuer erhoben wird. Außerdem tritt Steueramnestie ein für die bei der Errichtung der Familienstiftung erwachsende Schenkungssteuer. Werden solche ausländische Familienstiftungen nicht aufgelöst, so soll das Einkommen und Vermögen der Stiftung als Einkommen und Vermögen des Errichters bzw. des Begünstigten angesehen werden. Diese Regelung ist notwendig geworden, weil ein volkswirtschaftliches Interesse daran besteht, das Vermögen der ausländischen Familienstiftung der deutschen Wirtschaft wieder zuzuführen.

Die Lage nach dem Rücktritt des britischen Kabinetts.

MacDonald beauftragt. — Die vorausichtlichen neuen Minister.

* London. Am frühen Nachmittag versammelten sich gestern sämtliche bisherigen Minister und Unterstaatssekretäre in der Amtswohnung des Ministerpräsidenten, um sich offiziell von MacDonald zu verabschieden, und um sich ihre neuen Posten zugeteilt zu erhalten.

Gegen 18,15 Uhr begab sich MacDonald zum König und überreichte ihm offiziell seine Demission, worauf ihm der König den Auftrag zur Neubildung der Nationalregierung übertrug. MacDonald war bei dieser Gelegenheit in der Lage, dem König in großen Zügen die hauptsächlichste Besetzung des Kabinetts anzudeuten, jedoch liegt eine offizielle Ministerliste bisher nicht vor. Es heißt, daß die neue Kabinettsliste 10 Sozialisten, 6 Konservative und 4 Liberale enthalten wird, und daß außer Baldwin, Neville, Chamberlain und Sir Samuel Hoare, auch Lord Halifax, sowie Sir Herbert Samuel und Lord Reading Ministerposten erhalten werden. Es wird allgemein angenommen, daß Snowden auch dem neuen Kabinetts als Schatzkanzler angehören wird. Besonders bemerkt wurde, daß der französische Botschafter gegen 15 Uhr dem Foreign Office einen Besuch abstattete.

Vor seiner Ankunft im Buckinghampalast beantwortete MacDonald eine Frage über den gegenwärtigen Stand der Ereignisse dahin, daß bisher alles so gut gegangen sei, wie man es unter den schwierigsten Umständen erwarten könnte.

* London. Obwohl sich die Ereignisse noch völlig im Fluß befinden, wird in politischen Kreisen seit dem gestrigen Abend, daß die Nationalregierung ihr Programm dem Parlament so schnell wie irgend möglich vorlegen und das Parlament sehr wahrscheinlich noch zu einem früheren Zeitpunkt als dem bisher in Aussicht genommenen 15. September einberufen wird. Da beabsichtigt ist, in Anbetracht der Dringlichkeit der Lage die notwendigen Gesetzesvorlagen so zusammenfassend wie möglich aufzustellen und nötigenfalls von der „Guillotine“, dem sogenannten Verfahren zur Abfertigung der Parlamentarischen Debatten, ausgiebig Gebrauch zu machen, so besteht in einem solchen Falle die Möglichkeit, die große Mehrzahl der Vorlagen bis Ende September oder spätestens Anfang Oktober durchgepeitscht zu haben, in welchem Falle mit Neuwahlen im November oder vielleicht sogar noch im Oktober zu rechnen wäre.

lehten Tagen in den Verhandlungen mit MacDonald vollständig mit den Konservativen zusammenarbeiteten und Lord George die Stellungnahme der Liberalen Unterhändler ausdrücklich gutheißt, läßt sich auch ein liberal-konservatives Koalitionskabinetts denken. Wie immer auch die Lösung fallen mag, sicher ist jedenfalls, daß das englische Unterhaus sofort nicht aufgelöst wird, sondern zunächst die wirtschaftlichen und finanziellen Sanierungsmassnahmen durchzuführen wird, um den englischen Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen und die dem Hund Sterling drohenden Gefahren zu beseitigen. Vor der Durchführung dieser Maßnahmen ist an neue Unterhauswahlen nicht zu denken.

Zur Neubildung der englischen Regierung.

London. (Funkpruch.) Die in der nationalen Regierung vertretenen politischen Führer nahmen heute, am frühen Morgen, die Beratungen über die Besetzung von etwa 60 Ämtern in der neuen Verwaltung auf. Diese Aufgabe wird voraussichtlich heute erledigt werden.

Wie verlautet, ist die Liste der Mitglieder des neuen Kabinetts fast vollständig.

Vorausichtliche Zusammenfassung des englischen Kabinetts.

London. (Funkpruch.) Nach halbamtlichen Neußerungen werden die wichtigsten Ämter im neuen Kabinetts folgendermaßen besetzt werden:

Schatzkanzler: Snowden,
Auswärtige Angelegenheiten: Lord Reading,
Inneres: Samuel,
Vorsitzer der Regierung im Unterhaus: Baldwin,
Landesverteidigung: Hoare,
Dominien: Thomas,
Arbeit: Neville Chamberlain.

Eine Erklärung Baldwins.

London. Baldwin hat am Montag spät abends eine Erklärung herausgegeben, in der es heißt, die Bildung einer nationalen Regierung mit Angehörigen der drei Parteien sei für die Heimat und das Ausland eine Garantie dafür, daß alle Beteiligten die Schwere der Lage erkannt hätten und entschlossen seien, sofort die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Finanzen des Landes wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen.

Einschränkungen in Preußen.

Berlin, 25. August.

In der Dienstagmorgen-Ausgabe eines Berliner Blattes wurde mitgeteilt, es sei wegen des Planes, die Volkshulleher-Befolgsordnung herabzusetzen, zu einem schweren Konflikt im Preussischen Staatsministerium gekommen. Hierzu teilt die Pressestelle des Kultusministeriums mit, an dieser Meldung sei lediglich richtig, daß im Rahmen der bekannten allgemeinen Sparmaßnahmen in den beteiligten Ressorts Erwägungen über Umfang und Art weiterer Einschränkungen auch auf kulturellem Gebiet stattfinden.